

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

**European Languages**

زبانهای اروپایی

Ausgabe vom 28.12.2018

Von Sebastian Carlens  
29.12.2018

## **Bundeswehr fremdet**

**BRD hat nicht genug Deutsche für ihre globalen Ambitionen: Generalinspekteur will Truppen im EU-Ausland ausheben**



**Welcher Landsmann verbirgt sich da? Bundeswehr trainiert auf dem**

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

## ***Standortübungsplatz Bodelsberg im Allgäu, 31. Mai 2017***

Foto: Jana Neumann/Bundeswehr

Kann die Bundeswehr Kriege in aller Welt führen, wenn es an qualifizierten Rekruten im eigenen Lande mangelt? Natürlich, wozu gibt es die Europäische Union. Die dient nicht nur als Absatzmarkt sowie zur Abwerbung südeuropäischer Krankenpfleger oder polnischer Spargelstecher, sondern auch zur Aushebung von Söldnern. Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Eberhard Zorn, sagte gegenüber den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Donnerstagsausgaben), die Anwerbung von EU-Ausländern sei »eine Option«, die geprüft werde. Der ranghöchste deutsche Soldat sorgt sich vor allem um den Nachschub an Ärzten und IT-Spezialisten: In Zeiten des Fachkräftemangels müsse man »in alle Richtungen blicken« und sich »um den passenden Nachwuchs bemühen«.

Das Eingeständnis, den Bedarf an Soldaten nicht mehr im eigenen Lande decken zu können, kommt überraschend. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) rühmte sich gegenüber der *Rheinischen Post* am Donnerstag, »2.500 mehr Zeit- und Berufssoldaten als noch vor einem Jahr« geworben zu haben, »ein Plus von 6.500 gegenüber dem Tiefststand 2016«. Generalinspekteur Zorn hatte noch im August gegenüber *Zeit online* eine Wiedereinführung der Wehrpflicht langfristig ausgeschlossen; mit Blick auf die unlängst erhöhte Sollstärke der Bundeswehr von 198.000 Soldaten äußerte er sich zuversichtlich, die »Lücken Schritt für Schritt schließen« zu können. Bis 2025 will Ministerin von der Leyen gar eine »Zahl von 203.000 Soldaten« erreichen, darunter »viele neue Kräfte für die Cybersicherheit«.

Die Bundeswehr mag sich als »moderner Arbeitgeber« (Webseite) präsentieren und mit »Teilzeit, Jobsharing und Heimarbeit« werben. Indes, erst im November vergangenen Jahres musste die Truppe eine vernichtende Bilanz des sogenannten freiwilligen Wehrdiensts ziehen, der als Einstieg in eine Militärlaufbahn fungieren soll: »Sechs Jahre nach der Aussetzung der Wehrpflicht ist das Interesse stark gesunken. Jeder vierte Teilnehmer bricht noch während der Probezeit ab«, räumte das Ministerium damals ein.

Eine ganze Reihe von Skandalen mag dazu beitragen: Vergewaltigungs- und Todesfälle, Neonaziklüngel und Offiziersverschwörungen. Richten soll es das Ausland. Die Bundesregierung habe bereits »die EU-Partner mit Blick auf ihre Pläne konsultiert«, so die Funke-Zeitungen. Die hätten jedoch »zurückhaltend« reagiert, insbesondere Bulgarien sorge sich über »mögliche Abwerbungen«. Das kleine Land zählt sowieso zu denjenigen mit der am schnellsten schrumpfenden Bevölkerung weltweit.

Doch warum der – in der Bundeswehr bislang vermiedene – Schritt hin zur deutschen Fremdenlegion? Es stehen große Aufgaben an, denn »Deutschlands Verantwortung wächst«, so Außenminister Heiko Maas (SPD). Im Interview mit *dpa* teilte er am Donnerstag mit, dass die BRD ihre am 1. Januar beginnende, zweijährige Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat nutzen wolle: »Konkrete Krisen- und Konfliktbewältigung – etwa mit Blick auf die Lage in Syrien, den Krieg im Jemen und den Konflikt in der Ostukraine«. Es gibt also keinen Krieg, der Deutschland nicht interessiert. Am nächsten liegt noch Russland, und in diesem Fall kann die Bundeswehr auf ein historisches Vorbild zurückgreifen. Auch beim Überfall auf die UdSSR ab 1941 war jeder dritte Soldat an der »Ostfront« kein Deutscher, sondern Finne, Ungar, Italiener, Balte oder Spanier. Gegen diese Form von »europäischer Einigung« hat das deutsche Kapital noch nie etwas einzuwenden gehabt.